

ARGUMENTATION KOMPAKT

Ein Service der Hanns-Seidel-Stiftung für politische Entscheidungsträger



Ausgabe vom 18. Januar 2021 – 1/2021

/// Über das Verhältnis von Wissenschaft und Politik in der Covid-19-Pandemie

Zwischen Beratung und Entscheidung

Thomas Klotz /// Die Covid-19-Pandemie hat einmal mehr gezeigt, wie wichtig es ist, wissenschaftliche Expertise in die politische Entscheidungsfindung einfließen zu lassen. Politische Entscheidungsträger müssen ein Thema indes in einem breiten Fokus sehen und getroffene Entscheidungen anhand der Faktenlage begründen.

- ◆ Wissenschaftliche Politikberatung unterscheidet sich von Lobbyismus und klassischer Politikberatung.
- ◆ Nicht nur harte Fakten können Gegenstand einer wissenschaftlichen Politikberatung sein, zunehmend bedarf es – aufgrund der Multidimensionalität politischer Herausforderungen – auch der Beratung in ethischen Grundsatzfragen.
- ◆ Die öffentliche Vermittlung der getroffenen Entscheidungen sollte den wissenschaftlichen Diskurs und den Entscheidungsfindungsprozess transparent widerspiegeln.

Zwischen Beratung und Entscheidung

Über das Verhältnis von Wissenschaft und Politik in der Covid-19-Pandemie

Thomas Klotz

Hintergrund

Wissenschaft hat den Anspruch, objektiv neue Erkenntnisse zu generieren. Das gilt für naturwissenschaftliche ebenso wie für sozialwissenschaftliche, technische und medizinische Bereiche. Universitäten und Hochschulen haben die nötige Infrastruktur und personelle Ausstattung, sich mit bestimmten Themenfeldern tiefgehend zu beschäftigen und neue Erkenntnisse zu produzieren. Im wissenschaftlichen Diskurs geht es um Prozesse, die der Wahrheits- respektive der Wirklichkeitsbeschreibung dienen. Einen Anspruch auf Allgemeingültigkeit kann es dabei in den allerwenigsten Fällen geben – zumal, wenn bestimmte Phänomene erst seit Kurzem wissenschaftlich untersucht werden.

Die gewonnenen Erkenntnisse können als Grundlage für rational geleitete politische Entscheidungsprozesse dienen. Dabei ist zu unterscheiden zwischen wissenschaftlichem Input, also der reinen Problembezeichnung, und den Output-Optionen, also konkreten Szenarien, wie die Entscheidungsträger mit einem Sachverhalt umgehen könnten. Der Unterschied zwischen wissenschaftlicher Politikberatung und Lobbyismus liegt darin, dass Wissenschaftler fundierte Erkenntnisse unterbreiten. Lobbyisten hingegen versuchen, Interessen bestimmter Institutionen in den politischen Diskurs einzubringen. Die klassische Politikberatung findet indes im Graubereich dieser zwei Extreme statt. Sie berücksichtigt sowohl eine bestimmte politische, weltanschauliche Ausrichtung der Auftraggeber als auch wissenschaftliche Herangehensweisen zu den Fragestellungen.¹

Doch auch bei rein wissenschaftlicher Politikberatung gibt es Abhängigkeiten zwischen Politikern und Wissenschaftlern. In manchen Bereichen sind Politiker tatsächlich auf die Beratung durch ausgewiesene Experten angewiesen, etwa wenn es um technische Innovationen oder unerforschte Krankheiten geht. Hierbei werden oft Expertengremien für Themenfelder neu gegründet. In vielen Fällen werden unterschiedliche Professionen zusammengebracht, um einen vielseitigen Blick auf ein spezielles Thema zu bekommen. Im Umkehrschluss sind Auftragsarbeiten von Seiten der politisch Verantwortlichen für Wissenschaftler oft auch ein Stück weit Absicherung des eigenen Arbeitsplatzes. Hinzu kommen oftmals zusätzliches Renommee und öffentliches Prestige.

Demokratisch gewählte politische Entscheidungsträger haben – anders als Wissenschaftler – Beschlüsse zu fassen, die den Ansprüchen und Forderungen der gesamten Bevölkerung genügen. Für sie gilt es abzuwägen, welche Konsequenzen ihre Entscheidungen auf Wirtschaft und Gesellschaft haben. Somit befinden sich Politiker in einer anderen gesellschaftlichen Rolle als Wissenschaftler, deren Expertise sich auf einen bestimmten Fachbereich konzentriert. Ausnahmen von dieser gesellschaftlichen Rollenverteilung gibt es nur gelegentlich bei Übergangsregierungen („non party government“) wie etwa der österreichischen Beamtenregierung 2019 unter der ehemaligen Präsidentin des Verfassungsgerichtshofes Brigitte Bierlein. Solche Abweichungen der demokratischen Praxis beruhen auf verfassungsrechtlich berücksichtigten Grundlagen und bieten den eingesetzten Regierungen grundsätzlich nur die Möglichkeit, die Amtsgeschäfte zu führen und keine genuin politischen Entscheidungen zu treffen. Denn: Die Entscheidungsgewalt in Demokratien liegt letzten Endes in aller Regel bei den gewählten Volksvertretern. Im Zuge der Covid-19-Pandemie wurde indes der Ruf nach einer wissenschaftsbasierten Politik immer lauter. Das Beispiel des Freistaates Bayern zeigt, dass wissenschaftliche Expertise gerade in so herausfordernden Angelegenheiten unerlässlich für eine nachhaltige politische Entscheidung ist.

Die Corona-Pandemie

Als im ersten Quartal des Jahres 2020 immer mehr Menschen mit außergewöhnlichen Lungenentzündungen in den Krankenhäusern behandelt wurden, war die medizinische Wissenschaft so gefragt wie selten zuvor in den vergangenen Jahrzehnten. Politische Entscheidungsträger hatten keine Blaupause für den Umgang mit dem Covid-19-Virus in der Schreibtischschublade, zumal zunächst kaum etwas über das Virus bekannt war.

Wissenschaftler weltweit versuchten so schnell wie möglich neue Erkenntnisse zu generieren. Diese bildeten wiederum oftmals die Grundlage für die politischen Entscheidungen der darauffolgenden Wochen und Monate. Eine bedeutende Rolle für die deutsche und bayerische Strategie für den Umgang mit dem Coronavirus spielte das Robert-Koch-Institut (RKI), die zentrale Gesundheitsforschungseinrichtung der Bundesrepublik Deutschland. Für die Wissenschaftler stellten dabei die ständige Beobachtung durch Öffentlichkeit und Presse sowie der Erwartungsdruck von Seiten der Politik eine große Herausforderung dar. Aufgrund des immensen Informationsbedarfs hielt das RKI regelmäßig Pressekonferenzen ab, zumeist unter der Leitung des Präsidenten Prof. Dr. Lothar Wieler. Aber auch einige andere Virologen – wie beispielsweise Prof. Dr. Christian Drosten, Direktor des Instituts für Virologie der Charité Berlin, und Prof. Dr. Hendrick Streeck, Direktor des Instituts für Virologie des Universitätsklinikums Bonn – waren im öffentlichen Diskurs präsent, etwa als Gäste in Talkshows oder mit eigenen Podcast-Formaten. Sie erklärten dabei nicht nur, welche Maßnahmen aus ihrer Sicht zielführend im Kampf gegen Covid-19 seien, sondern stellten der breiten Öffentlichkeit auch immer wieder eigene Forschungsergebnisse vor.

Der bayerische Weg: „Mit Hilfe der Wissenschaft wieder mehr Kultur möglich machen“

Bereits wenige Wochen nach Entdeckung des Virus benannte die Bayerische Staatsregierung einen Expertenrat, bestehend aus Virologen, Epidemiologen und praktischen Medizinern. Der Bayerische Ministerpräsident Dr. Markus Söder betonte bei einer Pressekonferenz: „Ich bin sehr dankbar, dass sich unsere Wissenschaft in den gemeinschaftlichen Dienst dieser Aufgabe stellt.“² Zudem gab es mehrere Studien, die vom Freistaat Bayern finanziell unterstützt wurden. Eine davon betraf eine Branche, die von den Einschränkungen zur Bekämpfung der Pandemie stark betroffen war: die Kulturschaffenden. Das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst unterstützte unter dem Motto „Mit Hilfe der Wissenschaft wieder mehr Kultur möglich machen“ eine Studie des LMU Klinikums und des Universitätsklinikums Erlangen zur Aerosolverbreitung durch Chorgesang und Blasinstrumente. Die Ergebnisse der Untersuchung sollen schließlich eine Entscheidungsgrundlage bieten, um zum einen dem gesellschaftlichen Bedarf an Kulturveranstaltungen gerecht zu werden und zum anderen das Infektionsrisiko zu minimieren.

Abseits der (vermeintlich) „harten“ Fakten wie Infektions- und Sterbezahlen³ haben politische Entscheidungsträger jedoch eine ganze Bandbreite von Interessen zu berücksichtigen. Dazu zählen beispielsweise die wirtschaftlichen, sozialen und bildungspolitischen Situationen, vor allem aber auch die ethische Verantwortung gegenüber der Gesamtbevölkerung.⁴ Um wissenschaftlich belastbare Aussagen zu den Folgen der Corona-Pandemie abseits der vordergründigen gesundheitspolitischen Aspekte zu bekommen, gründete die Bayerische Staatsregierung 2020 den Bayerischen Ethikrat, dem renommierte Wissenschaftler unterschiedlicher Fachrichtungen und Religionsvertreter angehören. Der Rat ist als dauerhafte Einrichtung vorgesehen, die auch über den Themenkomplex der Covid-19-Pandemie hinaus politische Entscheidungsträger bei ethischen Grundsatzfragen beraten soll, beispielsweise beim Umgang mit Künstlicher Intelligenz (KI) sowie bei bioethischen Fragestellungen.

Bemerkenswert war zudem die Kommunikationsstrategie der Bayerischen Staatsregierung seit Beginn der Covid-19-Pandemie. Im engmaschigen, regelmäßigen Turnus wurde die Bevölkerung über die Entscheidungen und deren wissenschaftliche Grundlagen transparent informiert. Dies offenbarte zwar, dass es letztlich keine Zauberformel gegen das Virus gibt, ermöglichte aber der Öffentlichkeit, Beschlüsse besser nachvollziehen zu können. Zudem bot diese Form der Öffentlichkeitsarbeit die Chance, im Internet kursierenden Fake News und Fakes Sciences entgegenzuwirken. Nicht nur in Fragen der Pandemiebekämpfung ist es möglich, für jedes Gutachten ein Gegengutachten zu finden („weaponizing science“). Insofern war die offene Darstellung des wissenschaftlichen Diskurses über das Virus ein Beitrag dazu, einen ehrlichen Einblick in die Entscheidungsgrundlagen zu bieten und auf kursierende Verschwörungstheorien antworten zu können. Dies ermöglichte eine breite Zustimmung der Bevölkerung zu den beschlossenen Maßnahmen, wie verschiedene Umfragen bis zuletzt zeigten.

Ausblick

Die wissenschaftliche Politikberatung hat in den vergangenen Jahren einen hohen Stellenwert eingenommen. In einer zunehmend komplexen Wirklichkeit mit mehrdimensionalen Konsequenzen sind „einfache“ Wahrheiten kaum mehr zu finden. In heterogenen, demokratisch organisierten Gesellschaften wie der Unseren gilt es, sämtliche Ansprüche zu hören und bei der Entscheidungsfindung zu berücksichtigen. Jedoch: Die Forderungen etwa von Interessenverbänden haben oftmals nicht das Gemeinwohl im Blick, sondern fokussieren auf die Wünsche einer bestimmten Branche. Deswegen sind bei zunehmend mehr politischen Fragestellungen Entscheidungsträger unbedingt auf wissenschaftlich evidente Einschätzungen angewiesen. Der Diskurs über den Umgang mit der Corona-Pandemie zeigt indes aber auch, dass es nicht die eine Wahrheit, den einen richtigen Lösungsansatz gibt, was eine Beschlussfassung naturgemäß verkompliziert. Neu gewonnene Erkenntnisse verlangen schließlich eine neue öffentliche Diskussion sowie eine stetige Politikanpassung in Zeiten, in denen der verantwortungsethische Politikansatz weitverbreiteter ist als der gesinnungsethische. In einer medienaffinen Gesellschaft erscheint es zudem unerlässlich, auch den Entscheidungsprozess nachvollziehbar darzustellen. Somit können die Rezipienten, also die Bürger, Abwägungen verstehen und einordnen.

Hinzu kommt ein wandelndes Selbstverständnis von Wissenschaft. Es geschieht jetzt immer öfter, dass Wissenschaftler selbst mit bestimmten Forderungen an die Öffentlichkeit treten, sei es mit Ideen zur Bekämpfung des Klimawandels oder, wie unlängst geschehen, mit politischen Forderungen an die europäischen Regierungen zur europaweit gemeinsamen Bekämpfung der Covid-19-Pandemie.⁵ Sie zeigen zum einen mögliche Lösungsansätze, werfen damit zum anderen wiederum Fragen auf, die politisch Verantwortliche beantworten müssen: Welche Forderungen und Interessen gilt es zu berücksichtigen? Welche Entscheidungen werden von der Bevölkerung akzeptiert? Wie können Entscheidungen gegebenenfalls angepasst werden? Wo verlaufen die juristischen Leitlinien? Welche (Grund-)Rechte der Bürger gilt es abzuwägen? Welchen wissenschaftlichen Empfehlungen soll welches Gewicht geschenkt werden?

Angesichts all dieser diffizilen Aspekte wünscht man sich nicht nur (werturteilsfreie) Wissenschaftler nach dem Weberschen Ideal, sondern ebensolche Politiker – mit Leidenschaft für die Sache, Verantwortungsgefühl und Augenmaß. In beiden Punkten sind Deutschland und Bayern im internationalen Vergleich vorbildlich aufgestellt.

Anmerkungen

- ¹ Für einen Überblick zur wissenschaftlichen Politikberatung siehe exemplarisch: Böcher, Michael: Wissenschaftliche Politikberatung – Einführung und Überblick, in: Wissenschaftskommunikation, 13.10.2017, <https://www.wissenschaftskommunikation.de/wissenschaftliche-politikberatung-einfuehrung-und-ueberblick-7719/>, Stand: 4.1.2021 sowie Brozus, Lars: Politikberatung: nicht unpolitisch, aber distanziert, in: Stiftung Wissenschaft und Politik Kurz gesagt, 7.9.2020, <https://www.swp-berlin.org/publikation/politikberatung-nicht-unpolitisch-aber-distanziert/>, Stand: 4.1.2021; zur Rolle von politischen Stiftungen in der Politikberatung siehe Hildmann, Philipp W.: Aufgefordert, das Udenkbare zu denken – Politische Stiftungen als Akteure wissenschaftlicher Politikberatung, in: Zeitschrift für Politikberatung 3/2011, S. 123-129.
- ² Siehe hierzu auch Neumaier, Nikolaus: Bayern startet neues Forschungsprojekt zur Corona-Epidemie, in: BR 24, 3.4.2020, <https://www.br.de/nachrichten/bayern/br24live-soeder-zu-wissenschaftlichen-aspekten-der-corona-krise,Ruzvx2C>, Stand: 4.1.2021.
- ³ Auch hier kann es durch unterschiedliche Zählweisen und Abgabeterminen zu Abweichungen kommen.
- ⁴ Zu den ethischen Dimensionen der Politikberatung siehe Weilert, Katarina A. / Hildmann, Philipp W. (Hrsg.): Ethische Politikberatung, Baden-Baden 2012.
- ⁵ Vgl. Priesemann, Viola u. a.: Calling for pan-European commitment for rapid and sustained reduction in SARS-CoV-2 infections, in: The Lancet, 18.12.2020, <https://www.thelancet.com/action/showPdf?pii=S0140-6736%2820%2932625-8>, Stand: 4.1.2021.

Thomas Klotz

Leiter des Referats „Bildung, Hochschulen, Kultur“ der Akademie für Politik und Zeitgeschehen,
Hanns-Seidel-Stiftung, München

Tel.: 089/1258-264

E-Mail: klotz-t@hss.de